



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP)**

Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel an Grundschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass dem seit Jahren absehbaren Personalmangel bei Grund- und Mittelschullehrkräften von der Staatsregierung trotz aller zwischenzeitlichen Bekundungen nicht ausreichend entgegengewirkt worden ist. Vor diesem Hintergrund sollen nun folgende kurz- und langfristigen Lösungsansätze umgesetzt werden:

Kurzfristig soll eine Überprüfung der am 07.01.2020 veröffentlichten dienstrechtlichen Maßnahmen insbesondere mit Blick auf die Anhebung des Mindeststundenmaßes bei Antragsteilzeit und die grundsätzliche Verweigerung des Antragsruhestands erfolgen und stattdessen folgende Ansatzpunkte verfolgt werden:

- die generelle Erhöhung der Einstiegsbesoldung auf BesGr. A 13 von Grund- und Mittelschullehrkräften mit erfolgreich abgelegtem Studierenerweiterungsfach, welches eine um zwei Semester verlängerte Regelstudienzeit bedeutet (z. B. sonderpädagogische Qualifikation, Deutsch als Zweitsprache, Medienpädagogik...)
- die Verzehnfachung des Budgets der Leistungsprämien bzw. -bezüge, um Anreize für Grundschullehrer zu setzen, die die zusätzlichen Lasten in Vollzeit mit einer weiteren Unterrichtspflichtstunde auffangen, sowie für Lehrkräfte, die freiwillig mit einer Antragsteilzeit von über 24 Stunden arbeiten
- die Einrichtung eines Sonderprogramms für bereits pensionierte oder ausgebildete Lehrkräfte, welche aktuell nicht im Schuldienst aktiv sind
- die stärkere Honorierung von Schulleitungsaufgaben und Prüfung der Einstellung weiterer Sekretariatskräfte
- die Entlastung der Lehrkräfte von außerunterrichtlichen Zusatzaufgaben (insbesondere die Auslagerung der technischen und pädagogischen IT-Systembetreuung) an externe Anbieter oder Zweckverbände sowie eine 50-prozentige Finanzierung der Wartungs- und Pflegeaufwände der IT durch den Freistaat
- die Entlastung der Schulverwaltung durch den schnellen flächendeckenden Einsatz der digitalen Instrumente, die schon erfolgreich im Schulversuch „Digitale Bildung 2020“ erprobt worden sind
- die Vereinfachung der Anerkennung von Prüfungs- bzw. Modulleistungen aus anderen Studiengängen, um einen schnelleren Wechsel von Quereinsteigern ins Lehramtsstudium zu ermöglichen
- der Ausbau und die Verbesserung der Zweitqualifizierung, um mehr Lehrkräfte anderer Schularten für den Schuldienst an Förder-, Grund- und Mittelschulen zu gewinnen
- die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und die Gewinnung zusätzlichen Lehrpersonals für die Universitäten, um angesichts zusätzlicher Studienplätze, den Studierenden und Lehrenden gute Studien- bzw. Arbeitsbedingungen zu ermöglichen
- Maßnahmen zur Reduzierung der bürokratischen Belastungen für Lehrkräfte, wie z. B. eine Überarbeitung der Anforderungen für Abschlusszeugnisse an Grundschulen.

Im kommenden Nachtragshaushalt sollen hierfür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Langfristig sollen angestrebt werden:

- die Erarbeitung eines Konzepts zur Reform des Lehramtsstudiums, insbesondere zur Flexibilisierung des Wechsels zwischen den verschiedenen Schularten und des Wechsels aus anderen Studienfächern, z. B. nach einem abgeschlossenen Fach-Bachelor,
- die Verhundertfachung des Budgets der Leistungsprämien bzw. -bezüge und eine Berücksichtigung dieser in den zukünftigen Tarifverhandlungen, um den Anteil der variablen Bezahlung von Lehrkräften auf ein in vielen Berufen übliches Maß zu erhöhen,
- die Öffnung des Lehramts für neue pädagogisch hochwertige Laufbahnkonzepte
- die Erarbeitung eines Konzepts zum umfassenden Einsatz multiprofessioneller Teams, welche von den Schulleitungen direkt mit eigenen Budgets ausgewählt und eingestellt werden können,
- die ausreichende Berücksichtigung der Auswirkungen des zusätzlichen Lehrkräftebedarfs an Gymnasien durch das G 9 auf andere Schularten,
- die Erhöhung der Personalquote für die Unterrichtsversorgung an allen Schularten auf 110 Prozent.

Begründung:

Das von Staatsminister für Bildung und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo vorgestellte Maßnahmenpaket zur Entschärfung des Lehrermangels an Grund-, Mittel- und Förderschulen hat unter der Lehrerschaft und den zuständigen Verbänden großen Unmut ausgelöst.

Dabei handelt es sich vor allem, wie ausdrücklich vom Staatsminister hervorgehoben, um vorübergehende Maßnahmen. Der Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften wird aber auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben oder sich zwischen den Schularten verschieben. Deshalb muss grundsätzlich die Attraktivität des Lehrerberufes verbessert werden – insbesondere für Grund- und Mittelschullehrkräfte.

Dies kann jedoch nur durch ein Programm erfüllt werden, welches sich mit den eigentlichen Ursachen des Lehrermangels auseinandersetzt. Daher müssen innovative kurz- und langfristige Maßnahmen parallel vorangetrieben werden, die einerseits Entlastung und Effizienz im Schulbetrieb bringen und andererseits die Attraktivität des Lehrerberufs fördern. Die Chancen der Digitalisierung müssen in diesem Zusammenhang schnellstmöglich genutzt werden.